

Die vielfältige Gesellschaft gestalten

Für Gerechtigkeit bei sozialer Teilhabe

Die Kommunen als kleinste Verwaltungseinheiten in der Gesellschaft haben besondere Verantwortung für die Organisation des gemeinsamen Zusammenlebens vor Ort. Wir Grünen stehen für eine transparente und bürgernahe Kommunalpolitik, in der politische und soziale Teilhabe gelebt wird und die den lokalen Zusammenhalt fördert. Das gemeinschaftliche, wertschätzende Miteinander und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und ein gutes Leben für Alle vor Ort zu ermöglichen ist Ziel grüner Politik. Es braucht eine Daseinsvorsorge, die es den Menschen ermöglicht, klimaneutral zu leben. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gehören zusammen.

Bezahlbares und klimaneutrales Wohnen

Jeder Mensch hat das Recht auf Wohnen. Nur wer ein gesichertes Zuhause hat, kann Freiheit und Teilhabe erleben.

Wir Grünen setzen uns ein

- für eine sozial-ökologische kommunale Wohnungspolitik, indem bezahlbarer Wohnraum für alle geschaffen wird. Der Landkreis soll initiativ werden, um mit den Kommunen zusammen diesen Wohnraum zu schaffen, z. B. durch planerische und finanzielle Beteiligung an Sozialwohnraumplanungen auf kommunaler Ebene. Klimaneutralität und insbesondere Energieeffizienz sind zu beachten. Eine Genossenschaftsgründung auf Landkreisebene kann das Vorhaben unterstützen und auch Bürger*innen einbeziehen. Bestehende Bau-Genossenschaften sind einzubeziehen.
- bei der Landkreisverwaltung eine Service-Einrichtung im Rahmen des Klimaschutznetzwerkes für die Kommunen einzurichten, um Beratungen und Begleitungen der Wohnraumpolitik und Wohnraumgestaltung in den Gemeinden anzubieten – dies bezieht sich auf Änderungen im Altbestand sowie auf Neubauvorhaben
- für ein Zusammenwachsen von Wohnen mit allen anderen Lebensbereichen, wie Arbeit, Schule, Kultur und Handel in den Dörfern und Quartieren
- für Pilotprojekte des generationenübergreifenden Wohnens.

Sport fördern

Wir Grünen wollen den (Breiten)Sport fördern - die Sportvereine geben den strukturellen Rahmen. Sport trägt zur Gesundheitsprävention bei, Sportvereine tragen zu Zusammenhalt und Integration, zum Gemeinschaftsleben in den Städten und Gemeinden bei. Sportvereine und Sporteinrichtungen sollen für alle zugänglich sein.

Sportförderung im Landkreis bedeutet für uns Grüne

- die Sportförderung durch den Landkreis ist aufrechtzuerhalten, insbesondere durch die Coronakrise hat der Breiten- und Vereinssport sehr gelitten, es ist also notwendig, Institutionen und Vereine finanziell zu unterstützen
- Außenanlagen sind umweltgerecht zu gestalten, sie sind in die Landschaft einzupassen und hierfür sind finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen
- Förderprogramme zur Beitragsentlastung armer Landkreisbewohner*innen sind zu bewerben, um auf diese Weise den Zugang für alle zu ermöglichen.

Gesundheitsversorgung & Prävention sicherstellen

Wir Grünen wollen, dass alle Menschen unabhängig vom Einkommen gut versorgt werden.

Gesundheitsförderung und Prävention müssen einen größeren Stellenwert bekommen und müssen noch

stärker da verankert werden, wo die Menschen leben, arbeiten, sich engagieren und lernen. Zur Gesundheitsförderung gehören also nicht nur der Sportkurs nach Feierabend, sondern auch eine gesundheitsfördernde Arbeitsumgebung oder ausreichend Bewegung sowie eine ausgewogene Ernährung in Kitas, Schulen und Betriebskantinen. Wir Grünen werden die hausärztliche Versorgung zukunftssicher machen und wir erwarten, dass das „Regionalen Versorgungszentrums“ in Nordholz Vorbild für andere Kommunen im Landkreis wird.

Gesundheitspolitik im Landkreis bedeutet für uns Grüne:

- die stationäre medizinische Grundversorgung (Krankenhäuser) sichern und deren Re-Kommunalisierung prüfen (siehe Otterndorf) und dazu Unterstützerverbünde aufbauen
- die Arbeit des Gesundheitsamtes stärken, Pandemiepläne müssen auch auf kommunaler Ebene erarbeitet werden. Die zukünftige notwendige Personalausstattung ist zu prüfen – auch wegen der zu erarbeitenden Pandemiepläne auf Landkreisebene
- eine rettungsmedizinische Versorgung nach bundesweiten Standards fordern und umsetzen
- alle Formen der Prävention stärken, insbesondere wollen wir den Präventions- und Gesundheitstourismus fördern, um die Urlaubsorte im Landkreis noch attraktiver zu machen
- auf eine barrierefreie Umweltgestaltung drängen, um selbstständige Teilhabe zu ermöglichen und damit die Lebensqualität nicht nur im Alter zu erhöhen
- „Demenzfreundliche Kommunen“ aufbauen, um so der Krankheit Demenz zu begegnen. Verbunden damit sollte die Förderung von demenzgerechten Wohnformen stehen
- den Senioren- und Pflegestützpunkt als Ort für eine schnelle und unabhängige Beratung und Unterstützung von pflegebedürftigen Menschen und pflegenden Angehörigen wollen wir ausbauen. Dort wo die Expertise ist, wollen wir weitere Unterstützungsangebote in der Fläche bereitstellen.
- die wertvolle Arbeit der VBS (Verein für Beratung und Hilfen bei Suchtfragen und seelischen Leiden im Landkreis Cuxhaven e.V.) und der Telefonseelsorge weiterhin unterstützen. Wir unterstützen und achten auf eine sichere Finanzierung des Frauenhauses, damit keine Frau in Not abgewiesen werden muss.

Verbraucher*innenschutz voranbringen

Für uns Grüne ist der Schutz der Verbraucher*innen ein vorrangiges Ziel, er kann durch vielfältige Maßnahmen im Natur- und Umweltschutz unterstützt werden. Die Landkreisverwaltung hat die Aufgabe der Kontrolle und der Aufklärung.

Wir Grünen setzen uns dafür ein

- die Lebensmittelüberwachung vor Ort zu intensivieren und die Personalausstattung beim Landkreis zu erhöhen
- die Möglichkeiten der gesunden und regionalen Ernährungsweise durch Ernährungsbildung (in Schulen) zu unterstützen und Erzeuger*innen/Verbraucher*innenverbünden zu fördern.

Aktionsbündnis gegen Rassismus - Für eine starke Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit

Wir brauchen eine lebendige (Erinnerungs)Kultur in den Kommunen, die über alle Formen des Rassismus & und Menschenfeindlichkeit aufklärt. Auch der „tätlich“ stattfindende, subtile Rassismus und die Ausgrenzung von Menschen und Gruppen muss offen angesprochen und bekämpft werden.

Deswegen sagen wir Grünen und setzen uns dafür ein:

- die lokalen und kommunalen Initiativen und Bündnisse gegen Rechtsextremismus benötigen größtmögliche Unterstützung
- Projekte in Kitas & Schulen sowie in der politischen Erwachsenenbildung sind zu fördern
- alle Maßnahmen im Rahmen von Asyl, Migration und Teilhabe müssen weiterhin unterstützt

werden und sind finanziell ausreichend auszustatten.

Demokratie stärken - zivilgesellschaftliche Bürgerbeteiligung stärken

Wir Grünen

- unterstützen auch weiterhin die Arbeit der Beiräte im Landkreis und stehen für einen Dialog mit den Vertreter*innen der im Landkreis tätigen sozialen Organisationen
- sagen, dass Bürgerräte neue Formen der demokratischen Beteiligung sein können. Wir setzen uns dafür ein, diese Art der Bürger*innenbeteiligung an Sach- und Entscheidungsprozessen im Landkreis auszuprobieren. - Beispiel ist hier der bundesweite Suchprozess für einen möglichst sicheren Standort für hochradioaktiven Abfall. Hierbei sollen Bürger*innen durch den Landkreis umfänglich informiert und in die Lage versetzt werden, sich aktiv an dem politischen Verfahren zu beteiligen.
- wollen auf Landkreisebene die Möglichkeiten von Bürger*innenhaushalten prüfen. Dies bedeutet Bürger*innen bei der Festlegung einzelner Haushaltstitel verstärkt einzubeziehen und direkte Mitbestimmung zu sichern.

Unsere Gesellschaft ist vielfältig

Männer, Frauen, diverse Menschen, Alte und Junge, Hiergeborene, Zugezogene, Geflüchtete, Arme und Gutsituierte ... alle gehören zu uns hier im Landkreis und anderswo.

Das bedeutet für uns Grüne:

- der Landkreis Cuxhaven muss seine besondere Verantwortung als kommunaler Arbeitgeber verstärkt wahrnehmen. Er soll als gutes Beispiel vorangehen und auf Vielfalt bei Einstellungen und Personalförderungen - und damit in den Führungspositionen - setzen. Hier sind Kontroll- und Berichtswesen zu stärken. Die Vielfalt Deutschlands muss sich auch in der Verwaltung widerspiegeln, denn das trägt zu Vertrauen und Bürger*innennähe bei. Wir Grünen wollen eine Entwicklung zu einer diversen Verwaltung, die ausreichend Mittel zur Verfügung hat, um notwendige Prozesse in den Strukturen einzuleiten und geeignete Personen gezielt zu fördern.
- außerdem setzen wir uns dafür ein, unterrepräsentierte gesellschaftliche Gruppen vermehrt in die Politik durch Mentoringprogramme einzubeziehen
- die gleichberechtigte Teilhabe an der Kreispolitik sicherzustellen. Wir werden weiter daran arbeiten, die Sitzungszeiten des Kreistages soweit möglich den beruflichen und privaten Verpflichtungen von ehrenamtlich in der Politik Tätigen anzupassen
- Chancengerechtigkeit und Gleichberechtigung aller ist bei allen politischen Entscheidungsprozessen und dem Verwaltungshandeln mitzudenken und miteinzubeziehen, Chancengerechtigkeit und Gleichberechtigung sind eine Querschnittsaufgabe
- dass wir sehen, dass Demokratie, soziale Gerechtigkeit & Teilhabe und das diskriminierungsfreie Miteinander durch die im Landkreis vielerorts Tätigen Ehrenamtlichen gestärkt wird – ihre Arbeit ist durch Unterstützung und Einbeziehung in politische Entscheidungen zu stärken
- dass die Rechte von Kindern und Jugendlichen zu stärken sind. Eine altersgerechte Teilhabe/Partizipation ist zu erproben und zu verstetigen, zum Beispiel bei Kita- und Spielplatzgestaltung, Schul- und Pausenhofgestaltung oder wenn die Schulwege sicherer gemacht werden.
- die Unterstützungsangebote für arme Menschen sind jederzeit auf Vollständigkeit und Zeitgemäßheit zu prüfen. Der Armutsbericht ist fortzuschreiben, Sozialraumkonferenzen regelmäßig durchzuführen.
- die Bedarfe der Menschen mit Behinderungen bei Planungen und Entscheidungen weiterhin einzubeziehen, die Arbeit des Inklusionsbeirates schätzen wir.
- benachteiligte Jugendliche sind in Schule, bei der Berufsfindung, in der Ausbildung und beim Berufsübergang zu unterstützen und zu begleiten. Die Jugendberufsagentur ist dabei ein wichtiger

Baustein.

Migration und Teilhabe

Wir Grünen treten für eine Europäische Union ein, die ihre humanitäre Verantwortung und das Grundrecht auf Asyl ernst nimmt und dafür sorgt, dass Verfahren nach völkerrechtlichen Standards fair und zügig durchgeführt werden. So schwer das derzeit in der EU der 27 auch ist. Zustände wie in den Lagern auf den griechischen Inseln oder an der Grenze zu Kroatien bedeuten einen Bruch mit europäischen Werten und Menschenrechten.

Seebrücke „Aufnahme statt Abschottung“

Eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik in Europa umsetzen

Wir Grünen unterstützen die Aktion Seebrücke, bei der sich viele Städte und Gemeinden in Deutschland ihrer menschlichen Verantwortung bewusst zur Aufnahme zusätzlicher Geflüchteter aus z. B. den europäischen Lagern bereit erklärt haben. Auch der Landkreis Cuxhaven gehört dazu und bietet Aufnahmebereitschaft an.

Wir treten außerdem dafür ein, die Einschränkungen beim Familiennachzug wieder aufzuheben. Familien gehören zusammen und das Kindeswohl hat oberste Priorität.

Verwaltung diverser gestalten

Die Vielfalt Deutschlands sollte sich auch in seiner Verwaltung widerspiegeln, denn das trägt zu Vertrauen und Bürger*innennähe bei. Wir Grünen wollen eine Entwicklung zu einer diversen Verwaltung, die ausreichend Mittel zur Verfügung hat, um notwendige Prozesse in den Strukturen einzuleiten und geeignete Personen gezielt zu fördern.

Bildungsintegration ermöglichen und Berufsausbildung begleiten

Bildung und Ausbildung sind wesentliche Voraussetzungen für gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe sowie sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg.

Wir Grünen fordern weiterhin ausreichende finanzielle Mittel, um auch Menschen jenseits der allgemeinen Schulpflicht in ihrer Sprachausbildung und beruflichen Qualifizierung angemessen zu fördern. - Obwohl Integration in Bildung und Ausbildung zunehmend besser gelingt, sind weiterhin erhebliche Integrationsbedarfe vorhanden. Alle Potenziale der Menschen mit Migrationshintergrund beim Übergang in Ausbildung und Beruf sollten besser aktiviert werden und somit den inländischen Fachkräftenachwuchs sichern.

KoMuT nicht nur Koordinationsstelle, sondern Arbeitsstelle Prozesssteuerung

Wir Grünen setzen uns dafür ein, dass die Koordinierungsstelle Migration und Teilhabe KoMuT nicht nur als Zentralstelle für Information und Beratung von zivilgesellschaftlichen Initiativen, sondern als Querschnittsaufgabe den Entwicklungsprozess in eine diverse Verwaltung verantwortet und freiwillige Initiativen in den Kommunen in deren Konzeptentwicklung und Projektgestaltung aktiv unterstützt. Ehrenamtlich engagierte Menschen sind mit dem breiten Angebot von Stiftungen und diversen Förderprogrammen häufig überfordert und verzichten dann lieber auf das Vorhaben, als sich mit zusätzlicher konzeptioneller und bürokratischer Arbeit in unsicherer Entscheidungssituation zu belasten. Hier ist die Unterstützung durch die KoMuT gefragt.

Zugleich kann KoMuT Prozesse der Selbstorganisation von Migrant*innen fördern und begleiten.